

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 2. Dezember 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 464 Postulat Zbinden Samuel und Mit. über die humanitäre Lage in Gaza / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Samuel Zbinden hält an seinem Postulat fest.

Samuel Zbinden: Die Lage im Gazastreifen ist zwei Jahre nach dem Terrorangriff der Hamas und dem darauffolgenden Krieg dramatisch. Auch jetzt, wo seit diesem Herbst eine ziemlich wacklige Waffenruhe herrscht, sind immer wieder Meldungen von Angriffen und Todesfällen zu hören. Die Notlage der Bevölkerung ist massiv, der Konflikt ist noch nicht zu Ende. Mit diesem immer Sommer eingereichten Postulat fordern wir die Regierung dazu auf, sich beim Bund dafür stark zu machen, dass sich die Schweiz international für die Lieferung von Hilfsgütern, einen Waffenstillstand und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts einsetzt. In allen drei Punkten besteht bis heute grosser Handlungsbedarf. Zu Punkt 1: In der Zwischenzeit hat der Bund zum Glück eine finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau zugesichert. Angesichts des Ausmasses der Zerstörung ist das aber zu wenig. Seit Kriegsbeginn wurden im Gazastreifen mehr als 70 Prozent aller Gebäude beschädigt oder zerstört. Den Grossteil der Gesundheitseinrichtungen gibt es nicht mehr. Es ist unabdingbar, dass die Schweiz mehr tut, Hilfe vor Ort leistet und sich international für koordinierte Hilfsleistungen einsetzt. Zu Punkt 2: Die in diesem Herbst beschlossene Waffenruhe ist ein wichtiger Schritt, aber sie wackelt sehr. Auch dabei braucht es unserer Meinung nach grosse Bemühungen der offiziellen Schweiz, dass aus dieser wackligen Waffenruhe ein permanenter Waffenstillstand wird und Perspektiven für einen nachhaltigen Frieden entstehen. Zu Punkt 3, der mir am wichtigsten ist: Nach wie vor weigert sich die Schweiz, sich klar und deutlich gegen die Kriegsverbrechen und gegen die Verstösse gegen das Völkerrecht aller Parteien zu positionieren. Die Schweiz muss als Depositario der Genfer Konvention mehr tun, um die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen zu unterstützen und die Einhaltung des Völkerrechts auch künftig laut und deutlich zu fordern. Der Bund nimmt in diesen drei Bereichen wie beschrieben seine Rolle nicht oder nicht genügend wahr. Deshalb ist es an uns allen, auch am Kanton Luzern, den Druck auf den Bund zu erhöhen und uns für mehr internationales Engagement einzusetzen. Positiv zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass sich der Kanton Luzern gemeinsam mit anderen Kantonen bereit erklärt hat, schwer verletzte Kinder aus dem Gazastreifen hier im Kanton zu behandeln. Wir Grünen danken an dieser Stelle dem Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) und der gesamten Regierung für diesen Schritt. Eine Familie aus dem Gazastreifen aufzunehmen entbindet uns aber nicht von der Verantwortung, die wir alle tragen, um international zu einer Lösung beizutragen. Lassen wir

uns nicht davon täuschen, dass der Krieg in der öffentlichen Wahrnehmung aktuell weniger präsent ist. Er ist keinesfalls gelöst, geschweige denn vorbei. Das Schweizer Engagement für eine Sicherung der Waffenruhe, der Einhaltung des Völkerrechts und der Hilfe vor Ort ist umso dringender und nötig. Wir danken für Ihre Unterstützung unseres Postulats.

Andrea Pfäffli: Die Terrorangriffe der Hamas und die darauffolgenden Reaktionen des israelischen Militärs haben auf beiden Seiten unermessliches Leid ausgelöst, bis hin zu klaren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht. Auch zwei Jahre später und trotz einer brüchigen Waffenruhe hat sich die Lage nicht massgeblich beruhigt. Weiterhin bezahlen Zivilistinnen und Zivilisten den höchsten Preis in diesem unsäglichen Konflikt. Menschen, die weder Waffen tragen noch Macht besitzen. Das Postulat verlangt nichts anderes, als dass wir als Kanton Luzern unsere Stimme erheben und den Bund dazu auffordern, das zu tun, was die Schweiz ausmacht: Hinschauen, Verantwortung übernehmen und Handeln. Wir fordern keine Parteinahme, sondern ein klares Bekenntnis zu Menschlichkeit und Recht. Samuel Zbinden hat gut und konkret ausgeführt, was das heisst, nämlich ausreichende Hilfe leisten, für einen dauerhaften Waffenstillstand einstehen und Kriegsverbrechen sowie Verstösse gegen das Völkerrecht deutlich zu benennen. Unsere humanitäre Tradition verpflichtet uns, nicht wegzuschauen, sondern hinzustehen. Für Menschenrechte und gegen jede Form von Terror, egal auf welcher Seite. Genau da kommt der Kanton Luzern ins Spiel. Wenn der Bund zögert, braucht es Druck von unten, von den Kantonen, den Städten und der Zivilgesellschaft. Wenn der Kanton Luzern handelt und weitere Kantone folgen, erhöht das den Druck auf den Bundesrat, endlich klar Position zu beziehen. Der Kanton Luzern hat erst kürzlich eine Familie aus Gaza bei sich aufgenommen. Diese Unterstützung, übrigens massgeblich gepusht durch unsere Frauen in der Regierung, begrüßt die SP-Fraktion ausdrücklich. Nebst solchen konkreten Handlungen kann und sollte der Kanton Luzern auch ein klares Zeichen nach Bern senden. Wir schweigen nicht angesichts von Kriegsverbrechen, Hunger und Not. Wir fordern, dass die Schweiz wieder tut, was sie am besten kann: Brücken bauen, Hilfe leisten und Menschenrechte verteidigen. Unterstützen Sie das Postulat als Zeichen für Menschlichkeit, selbst wenn es nur als kleiner Kanton Luzern ist.

Agnes Keller-Bucher: Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir sind aber mit dem Postulanten einig, dass die Lage äusserst schwierig und für die betroffene Bevölkerung dramatisch ist. Jeder, der diese Bilder und Berichte sieht, kann nicht einfach wegschauen, ohne Betroffenheit zu spüren. Dennoch stützen wir die Stellungnahme des Regierungsrates: Die Zuständigkeit des Kantons Luzern ist nicht gegeben. Der Bund ist für die auswärtigen Angelegenheiten zuständig, darunter fällt auch die humanitäre Hilfe. Im Übrigen hat der Bundesrat im November beschlossen, weitere 23 Millionen Franken für die humanitäre Hilfe in Gaza zu sprechen. Dieses Geld wird verschiedenen Hilfswerken zur Verfügung gestellt für die Nothilfe der betroffenen Bevölkerung. Damit sind es seit Oktober 2023 rund 150 Millionen Franken. Wir sehen, dass der Bund durchaus etwas unternimmt, um diese Not zu lindern. Die Mitwirkung einzelner Kantone und in diesem Fall des Kantons Luzern wäre nur gegeben, wenn es um Handlungen geht, die im Zusammenhang mit kantonalen Ausgaben stehen. Aus diesen Gründen lehnt die Mitte-Fraktion das Postulat ab.

Hugo Lötscher: Der Postulant fordert den Regierungsrat auf, sich für eine sofortige Verbesserung der humanitären Situation in Gaza einzusetzen. Konkret solle sich der Kanton Luzern gemeinsam mit anderen Städten und Kantonen beim Bund dafür einsetzen, dass sich die Schweiz den internationalen Bemühungen zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts, für einen Waffenstillstand und für die Lieferung von Hilfsgütern nach Gaza anschliesst. 10. Oktober 2025: Der von den USA vermittelte Waffenstillstand tritt in Kraft. Israel hat seine Truppen zurückgezogen. Zurück bleibt ein Machtvakuum, welches die Hamas mit brutaler

Gewalt füllen. 11. Oktober 2025: In Bern endeten Pro-Palästina-Demonstrationen in Gewalt: 18 Polizisten wurden verletzt, 57 Gebäude beschädigt, die Innenstadt erlitt Millionenschäden. 23. Oktober 2025: Bundesrat Ignazio Cassis kündigt an, dass 2 Millionen Franken für humanitäre Hilfe in Gaza bereitgestellt werden. Die Hilfe umfasse humanitäre Güter aus der Schweiz und werde via das UNO-Kinderhilfswerk Unicef verteilt. 24. Oktober 2025: Sieben verletzte Kinder und 27 Begleitpersonen werden für medizinische Behandlungen aus dem Gazastreifen evakuiert. Eine Zusammenarbeit aus Kantonen, Bund, Weltgesundheitsorganisation WHO, Médecins Sans Frontières (MSF) und der Schweizerischen Rettungsflugwacht Rega. Die Kinder werden in sechs Kantonen medizinisch behandelt – ein Kind im Kanton Luzern. Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz in Jordanien, die im Rahmen eines regionalen Kooperationsprogramms erfolgt und über ein Jahresbudget von 60 Millionen Franken verfügt, trägt dazu bei, die Lebensbedingungen für syrische und palästinensische Flüchtlinge zu verbessern. Wir sind uns der prekären Lage in Gaza bewusst und bedauern diese. Von Bund und Kantonen werden bereits enorme Bemühungen unternommen und Massnahmen umgesetzt – deshalb wird die SVP dem Postulat nicht zustimmen.

Jacqueline Theiler: Die FDP-Fraktion teilt die Betroffenheit: Es ist tragisch, was in Gaza geschieht, nicht nur in Gaza. Doch bei aller Anteilnahme müssen wir die verfassungsmässigen Kompetenzordnungen respektieren. Aussenpolitik ist klar Sache des Bundes und nicht der Kantone. Ein solches Vorgehen wäre symbolisch und wirkungslos. Die humanitäre Hilfe der Schweiz ist bereits professionell über den Bund und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) koordiniert. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat aus diesem Grund ab.

Urs Brücker: Das Postulat wurde am 16. Juni 2025 dringlich eingereicht, die Dringlichkeit wurde aber abgelehnt. Seither hat sich die Situation zwar entspannt, aber nach wie vor hören wir immer wieder von Krisen und Übergriffen. Trotzdem ist die Situation anders als im Juni. Am 10. Oktober 2025 trat die Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas in Kraft. Das ermöglicht die Bereitstellung von lebenswichtiger humanitärer Hilfe im Gazastreifen. Die Glückskette hat am 22. Oktober 2025 einen nationalen Solidaritätssammeltag durchgeführt. An dieser Stelle herzlichen Dank an die Stadt Luzern und meine Heimatgemeinde Meggen, die sich einmal mehr mit namhaften Spenden erkenntlich gezeigt haben. Der Bund hat am 26. November 2025 ebenfalls zusätzlich 23 Millionen Franken gesprochen. Mit diesem Betrag unterstützt die Schweiz den US-Friedensplan im Nahen Osten. In Bezug auf die erwähnte Entwicklung und im Anbetracht der Zuständigkeiten in aussenpolitischen Angelegenheiten der Schweiz, die ausschliesslich beim Bund liegt, folgt die GLP-Fraktion dem Regierungsrat und lehnt das Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Der Regierungsrat teilt die Betroffenheit über das grosse Leid, das die Zivilbevölkerung im Gazastreifen erfahren hat und noch immer erfährt. Die humanitäre Lage und das Ausmass der Zerstörung sind immer noch dramatisch, und die Bilder und Berichte, die uns erreichen, bewegen uns alle. Die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten zeigen, wie fragil die Lage bleibt und wie dringend eine humanitäre und diplomatische Lösung ist. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Schweiz ihre Rolle als glaubwürdige Stimme des Völkerrechts wahrnimmt – mit Klarheit, Augenmass und Menschlichkeit. Ich verstehe deshalb den Wunsch, als Kanton Luzern nicht einfach zuzusehen, sondern ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit zu setzen. Wie wir das in anderen Vorstössen erklärt haben, gibt es eine verfassungsmässige Kompetenzordnung. Diese regelt, dass der Bund für die Aussenpolitik verantwortlich ist. Der Bund hat letzte Woche zusätzliche 23 Millionen Franken

für die humanitäre Hilfe gesprochen. Die Schweiz unterstützt Partnerorganisationen vor Ort, um die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Es ist sicher so, dass es noch mehr braucht, nicht nur von der Schweiz, sondern von allen anderen Länder auch. Aber es ist Sache des Bundes. Ich glaube, dass das Engagement in diese Richtung zugenommen hat. Der Bund hat sich entschieden, 20 verletzte Kinder und deren Begleitpersonen aus Gaza in der Schweiz aufzunehmen. Das war keine einfache Aktion. Diese Kinder und ihre Begleitpersonen sind in der Zwischenzeit alle in der Schweiz. Der Kanton Luzern hat sich in Absprache mit dem Luzerner Kantonsspital (LUKS) bereit erklärt, ein solches Zeichen der Humanität zu setzen und sich der Bundesoperation anzuschliessen. Der Kanton Luzern hat ein Kind aufgenommen, das von seinen Eltern und Geschwistern begleitet wird. Das war kein Entscheid von uns Frauen in der Regierung, sondern die Luzerner Regierung hat diesen Entscheid getroffen. Sie sehen, dass wir unsere Verantwortung im Rahmen der Möglichkeiten wahrnehmen. Wir haben zudem aus dem Lotteriefonds eine Spende für die Katastrophenhilfe in Gaza geleistet. Im Vorstoss wurde angetönt, ob wir über die die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) eine Eingabe machen können oder sollen. Die KdK ist nicht für ausschliesslich aussenpolitischen Themen verantwortlich. Deshalb wäre das auch nicht zielführend. Aus diesen Überlegungen lehnen wir das Postulat ab.

Der Rat lehnt das Postulat mit 86 zu 27 Stimmen ab.